

Die polit-ökonomische Dimension des Syrien-Krieges

von David X. Noack

GASTBEITRAG

Bourgeoisie war während ihrer Herrschaft mit einem starken Widerstand im eigenen Land konfrontiert.

Doch die unter der Herrschaft der Agrarbourgeoisie beschrittene kapitalistische Entwicklung Syriens, basierend auf der freien Markt-

Seit vier Jahren tobt ein brutaler Krieg in und um die Syrische Arabische Republik (SAR). Der Konflikt in einer der letzten Republiken in der arabischen Welt kostete bereits über 200.000 Menschen das Leben und trieb darüber hinaus mehrere Millionen in die Flucht. Verschiedenste Erklärungsversuche wurden immer wieder gewagt, warum es überhaupt zu dem Krieg kam und wieso die Westmächte vier Jahre lang anfangs konsequent eine Regime-Change-Politik beförderten, bevor sie erst in den vergangenen Monaten auf eine neue Linie einschwenkten und mehr Verhandlungsbereitschaft an den Tag legten. Bei der Perzeption des Konfliktes gelingt es beispielsweise vielen bürgerlichen Erklärungsversuchen nicht, darzulegen, wieso die Syrische Arabische Republik weiterhin fast alle großen Metropolen des Landes halten kann und es kaum Überläufer auf der höheren diplomatischen, politischen und militärischen Ebene gab.¹ Letzterer Umstand stellt einen großen Unterschied zu Libyen dar, wo mehrere hochrangige Politiker und Militärs schnell überliefen. Dieser Artikel versucht die polit-ökonomische Dimension des Syrien-Krieges zu ergründen, um einerseits den Rückhalt der SAR in großen Teilen der syrischen Bevölkerung und andererseits das Interesse der herrschenden Eliten der atlantischen Mächte bei der Zerschlagung Syriens und damit auch der Bedeutung der russischen Intervention in den Syrienkrieg zu ergründen.²

Die Anfänge des heutigen Syrien

Nachdem infolge des Ersten Weltkrieges das französische Völkerbunds-Mandatsgebiet Syrien geschaffen wurde, erlangten Syrien und der Libanon nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges endgültig ihre Unabhängigkeit. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit profitierten viele Menschen von einem Aufschwung, der durch die Einführung von neuer Technik in der Landwirtschaft – vor allem konzentriert auf die östliche Region Jazira – hervorgerufen wurde.³ Doch die in den 1950er Jahren in Syrien herrschende nationale Elite verstand ihr eigenes Land als ökonomische Unternehmung im Rahmen der von den französischen und britischen Kolonialherren gezogenen Grenzen und nicht als historisch gewachsenen Staat.⁴ Mehrere Jahrzehnte lang sollten nationalistische syrische Herrscher einen Anspruch auf ein größeres Gebiet stellen – vom Sandschak von Alexandretta über Libanon, Jordanien und Israel/Palästina.

Zum Motor der Industrialisierung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Textilindustrie, in welcher veraltete Maschinen durch moderne Technik ersetzt wurden. Einen Investitionsschub hatte dabei der Zufluss von neuem britischem und Dominion-Kapital gebracht, der nach der Befreiung von den Vichy-Franzosen einsetzte.⁵ Mit dem Vorschreiten vom feudalen in einen peripher-kapitalistischen Staat erstarkte auch die Arbeiterbewegung in Syrien: Das neuentstandene Proletariat im Textilindustriesektor war geprägt durch einen hohen Grad an gewerkschaftlicher Organisierung.⁶ Die Kommunistische Partei hatte darüber hinaus auch Rückhalt in Teilen der Landbevölkerung.⁷ Die traditionalistische

wirtschaft, erreichte dann bereits in den 1950er Jahren ihre Grenzen. Im weltwirtschaftlichen System schien es keine Rolle für die Levante außer der des peripheren Zulieferers des Weltmarktes zu geben. Dementsprechend gestaltete sich auch die syrische Außenhandelsstatistik, dort dominierte als einer der wichtigsten Exportgüter die Baumwolle.⁸ Diese wurde hauptsächlich in den Gebieten nordöstlich von Aleppo – schon damals die größte Stadt des Landes – handgepflückt. Lediglich ein größerer Einfluss des Staates in der Wirtschaft schien dieses Problem lösen zu können, dagegen stellte sich jedoch die agrarindustrielle Bourgeoisie des Landes.⁹ Diese damals politisch dominierende Elite wollte ihre etablierten Privilegien nicht gefährdet sehen.

Als Folge der verfahrenen Situation putschten sich im Verlauf der 1950er Jahre dann aus der provinziellen Bourgeoisie stammende Militäroffiziere an die Regierung. Die Oberschicht aus den Randgebieten des Landes strebte danach, die wachsenden Pfründe aus dem – trotz politischer Widerstände initiierten – größer werdenden Anteil des Staates an der syrischen Wirtschaft neu zu verteilen. Durch eine umfassende Sozialpolitik gelang es den neuen Militärherrschern, sich eine Massenbasis in Stadt und Land zu sichern. Eine neue Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens durch staatliche Apparate, allen voran die Sicherheitsdienste, führte dazu, dass ein Hobbescher Staat („starker Staat“) entstand.¹⁰ Diese Entwicklung forderte den Widerstand verschiedener innerer und äußerer Kräfte heraus.

Die Regierung der USA als Gralshüter des freien Welthandels richtete fortan ihre Politik gegen Syrien und versuchte, die konservativen Monarchien in Jordanien und im Irak zu stärken.¹¹ Mithilfe inszenierter Grenzzwischenfälle wollten die britischen und nordamerikanischen Geheimdienste im Jahr 1957 versuchen, eine Militärintervention zu provozieren und die syrische Regierung stürzen.¹² Allerdings ging der Plan schief. Die syrischen Machthaber reagierten auf die steigenden Spannungen und schufen 1958 gemeinsam mit den Nasseristen in Ägypten die „Vereinigte Arabische Republik“, um dem Druck aus dem Westen entgegenwirken zu können.¹³ Die syrisch-ägyptische Allianz blieb jedoch nicht von Dauer und ein weiterer Putsch in Damaskus im September 1961 setzte der VAR ein Ende. Die nun an die Regierung gelangten Putschisten hoben die Syrische Arabische Republik (SAR) aus der Taufe – im Wesentlichen so, wie sie bis heute besteht.

Die Syrisch-Arabische Republik

Ab 1963 regierte dann die Baath-Partei das Land. Diese verschrieb sich einer Agrarreform zum Aufbau einer „sozialistischen Landwirtschaft“, was ihr großen Rückhalt in den ländlichen Gebieten sicherte.¹⁴ Als Reaktion ging die Agrarbourgeoisie zu einem Investmentstreik über. Der Widerstand der traditionellen finanzkräftigen Schicht mündete letztendlich in einen Aufstand der Muslimbruderschaft in Hama im Jahr 1964, welcher durch den Einsatz der Syrisch-Arabischen



Büste von Hafiz al-Assad in Raqqa, Syrien. Quelle: Wikipedia/Bertramz

Armee beendet wurde.¹⁵ In Hama hatte die traditionelle städtische Oberschicht viel durch die baathistischen Landreformen verloren, weswegen sie immer wieder gewaltsame Aufstände in der Stadt organisierten – bis in die 1970er Jahre hinein.¹⁶ Das Muster des Rückgriffs auf Islamisten durch verprellte Teile der Bourgeoisie sollte sich in Syrien immer wiederholen.

Die Unruhen im Inneren sollten nicht das einzige Problem beim Aufbau der syrischen Wirtschaft bleiben: Der verlorene Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 schnitt Syrien von den wichtigen Wasserquellen auf den Golanhöhen ab, welche Israel erst besetzte und später annektierte.¹⁷ Nach dem Sandschak von Alexandretta mit den Straßenwegen von Aleppo zum Mittelmeer hatte Syrien nun ein weiteres wirtschaftlich wichtiges Gebiet an einen Nachbarstaat verloren.

Doch nicht nur Syriens äußere Grenzen verschoben sich, sondern auch im Inneren machte die SAR eine Entwicklung durch, die das Land dauerhaft prägen sollte: Im Zuge der 1970er Jahre entwickelte sich die syrische Staatsideologie weg vom Mittelschichtsozialismus der panarabischen Baath-Partei hin zu einer rein etatistischen Ideologie.¹⁸ Diese eignete sich besser dafür, mit dem kapitalistischen Welthandel kombinierbar zu sein. Im Agrarsektor stockten die Reformen in Richtung einer „sozialistischen Landwirtschaft“, und der 1970 an die Regierung geputschte Hafiz al-Assad suchte einen Weg, die früheren Großgrundbesitzer zu besänftigen und den privaten Agrarsektor zu stärken. Der baathistische Staat band die ländliche Elite als Partner in die landwirtschaftliche Entwicklung ein und konzentrierte die staatlichen Aktivitäten auf größere Investitionen. Es entstand ein Mischsystem aus teilweise sozialistischen Ansätzen und privater Kapitalherrschaft.¹⁹ Generell verfolgte Assad eine Strategie, die auf eine Entwicklung der Städte und einen Kompromiss mit großen Teilen der städtischen Bourgeoisie setzte.²⁰ Ein Kurs, der nicht ohne Konsequenzen in vielen ländlichen Gebieten bleiben sollte.

Die neue staatlich geführte Wirtschaft hatte die zur Bildung einer Staatsbourgeoisie zur Folge, die sich aus Vertretern aller religiösen Gruppen des Lands zusammensetzt – sowohl Alawiten, als auch Sunniten und Christen.²¹ Diese neue Schicht zeichnet sich dadurch aus, dass sie selbst nicht im Besitz von Produktionsmitteln ist, sondern durch politische Funktionen oder Verbindungen zu politischen Amtsträgern Kontrolle über Teile der Wirtschaft ausübt.²² Sie kann auch kein Kapital ins Ausland abziehen und ist eng mit dem Staatswesen an sich

verwoben.

Auch im religiösen Bereich zeigte sich Hafiz al-Assad offener als diverse Baath-Hardliner vor ihm und ließ beispielsweise religiöse Würdenträger als Unabhängige für das Parlament kandidieren.²³ Das Abrücken von der säkularen Baath-Ideologie führte dazu, dass sich der Islam wieder im Land verbreitete.²⁴ Die neue Offenheit gegenüber der Religion dürfte als Türöffner bei der heimischen traditionalistischen Bourgeoisie und in den konservativen Golfmonarchien gedient haben.

Die heimische Bourgeoisie sollte dazu motiviert werden, in die neue syrische kapitalintensive Schwerindustrie zu investieren. Selbst westliche Geldgeber wurden dafür gesucht.²⁵ Um Letzteres zu erreichen, startete Syrien mehrere Initiativen, sich vor allem mit den westeuropäischen Mächten zu arrangieren. Im Jahr 1977 kam es zu einem Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft.²⁶

Trotz der Kursänderungen im innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Bereich blieb die SAR mit der Sowjetunion militärisch und ökonomisch verbündet – hauptsächlich aus einem strategischen Kalkül heraus sowie wegen des Gegensatzes zum regionalen US-Verbündeten Israel. Jedoch kamen mit dem Abrücken vom bisherigen Baath-Kurs und der neuen religiösen Toleranz neue Geldgeber nach Syrien: Ab den 1970er Jahren strömte Kapital aus den Golfstaaten nach Syrien.²⁷ In den 1980er Jahren finanzierten vor allem die Monarchien des Golf-Kooperationsrates (GCC) gemeinsam mit der Sowjetunion die meisten der syrischen Waffenimporte.²⁸ Der Umstand, dass Moskau und Riad in dieser Frage kooperierten, kann getrost als Ironie der Geschichte angesehen werden.

Der neue Kurs unter Assad verlief nicht widerspruchsfrei. Die zunehmenden Kompromisse mit Teilen der Bourgeoisie führten zu einer auseinandergehenden sozialen Schere und einer wachsenden Unzufriedenheit bei Teilen der Mittelschicht. Die kostenintensive Militärintervention in den seit 1975 tobenden Libanesischen Bürgerkrieg machte der syrischen Wirtschaft ebenso zu schaffen – die Sowjetunion stoppte sogar kurzzeitig ihre Waffenlieferungen an die SAR, nahm sie jedoch schnell wieder auf.²⁹ All diese Probleme führten zu sozialem Unmut, der in einem Bürgerkrieg in Teilen des Landes von 1979 bis 1982 gipfelte. Die Syrische Arabische Armee und bewaffnete Arbeitermilizen³⁰ beendeten diesen mit der Zerstörung der Stadt Hama im Jahr 1982.³¹ Die gewaltsame Niederschlagung dieses Aufstandes führte dazu, dass sich das Kleinbürgertum von Hama, Homs und Aleppo mit der SAR arrangierte.³² Doch während die syrische politische Elite in diesem Bereich nicht mehr mit Widerstand rechnen musste, erodierte die Machtbasis in anderen Teilen des Landes: Im Laufe der 1980er Jahre verlor die SAR vor allem an Rückhalt in den ländlichen Gebieten des Landes.³³

Insgesamt gelang es aber der politischen Elite der SAR, ihre Machtbasis zu halten und weiterhin über einen großen Rückhalt in der Bevölkerung – vor allem in den städtischen Gebieten – zu verfügen. Mit dem Aufkommen neuer Industriezweige in den 1970er Jahren schaffte es der syrische Staat beispielsweise, die Loyalität von großen Teilen der Mittelklassen zu sichern und den Muslimbrüdern ihre soziale Basis zu nehmen.³⁴ Ein großangelegter Ausbau der Infrastruktur sollte

zudem den Lebensstandard der Bevölkerung in allen Teilen des Landes heben. In den 1980er Jahren wurden zum Beispiel die Wohnungen von 500.000 Menschen an den Strom angeschlossen und insgesamt rund 2.000 Dörfer elektrifiziert. Die Zahl der Streckenkilometer der syrischen Eisenbahn stieg von 850 im Jahr 1968 auf 2.000 Anfang der 1980er Jahre. Im gleichen Zeitraum stieg die Länge der Straßen-Streckenkilometer von 8.000 auf 17.000.³⁵ Viele Eisenbahnen beispielsweise kamen aus der Sowjetunion, was bis zum Beginn des Syrienkrieges als Grundlage der Wirtschaftskooperation zwischen Syrien auf der einen Seite und der Ukraine und Russland auf der anderen Seite diente.

Mit dem Ende der UdSSR und dem weltpolitischen Umbruch 1989 bis 1991 versuchte auch die Staatsführung der SAR zu einem neuen Kompromiss mit dem internationalen Kapital sowie mit den Westmächten zu kommen. So beabsichtigte die syrische Regierung durch ein 1991 verabschiedetes neues Investitionsgesetz, ausländisches Kapital anzulocken. Doch das Land öffnete sich nicht bedingungslos dem Freihandel und der Marktwirtschaft: Investitionen von mindestens 10 Millionen syrischen Lira (also circa 250.000 US-Dollar) mussten in das staatliche Entwicklungsprogramm passen, lokale Ressourcen nutzen, das Bruttonationaleinkommen steigern und neue Jobs schaffen. Der „Höchste Investmentrat“ des Landes musste zustimmen, dafür wurden die investierenden Unternehmen für eine festgelegte Zeit von Steuern befreit.³⁶ Weitere Liberalisierungsmaßnahmen betrafen den syrischen Außenhandel – so war es bis dahin Firmen verboten, ausländische Devisen zu halten. Doch auch das änderte sich in den Jahren von 1989 bis 1991.³⁷ Die Maßnahmen mündeten aber nicht in eine neoliberale Schocktherapie. Im Jahr 1995 beispielsweise waren 25,7 % der arbeitenden Bevölkerung Staatsangestellte, die sich nebenbei als Unternehmer bereicherten.³⁸ Die syrische Wirtschaft sollte teilweise von staatlichen Einflüssen „befreit“ werden, dabei blieben aber wichtige Züge des Hobbesschen Staates – beispielsweise im sozialen und währungspolitischen Bereich – erhalten.

Auf der internationalen Ebene versuchte die Regierung von Hafiz al-Assad politisch direkt mit den USA zu einem Kompromiss zu kommen. Bei der „Operation Desert Storm“ stellte Syrien 14.500 Soldaten für den Feldzug gegen den syrischen Erzfeind Irak zur Verfügung – Syrien rangierte damit an sechsthöchster Stelle bei den UN-mandatierten Koalitionstruppen. Doch auch auf anderen Politikfeldern zeigte sich die Assad-Regierung gegenüber Washington genehm: Anfang der 1990er Jahre unternahmen die Behörden des Libanons und Syriens gemeinsame Anstrengungen, um die Produktion von Drogen zu unterbinden. US-Präsident Bill Clinton erkannte diese Bemühungen an und nahm 1997 die beiden Länder von der Liste der Staaten, welche in den Drogenhandel involviert sind.³⁹ Zuvor hatte für lange Zeit das syrisch besetzte Bekaa-Tal im Ostlibanon als Drehkreuz des regionalen Drogenhandels fungiert.⁴⁰ Die Reagan-Regierung hatte den syrischen Drogenhandel noch in den 1980er Jahren im Rahmen größerer iranisch-nordamerikanischer Absprachen (Iran-Contra-Affäre) gedeckt.⁴¹ Doch diese Zeiten waren nun vorbei: Syrien suchte seinen neuen Platz in der neuen Weltordnung.

Doch der „Wandel durch Annäherung“ verlief nicht nahtlos – andere NATO-Partner als die USA zeigten sich wesentlich unkooperativer: Im Frühjahr 1992 stoppte ein bundesdeutscher Flottenverband unter Führung des Zerstörers „Mölders“ einen polnisch-slowakischen Panzertransport im Mittelmeer. Das für Syrien bestimmte Kriegsgüter kam nie in Latakia an. Deut-

sche Medien beschrieben die vom Völkerrecht nicht gedeckte Aktion, die mit „Gefahr im Verzug“ begründet wurde, als eine „spektakuläre Kaperung“.⁴² Auch die Regierung der Türkei verfolgte gegenüber Syrien einen Konfrontationskurs: Mitte der 1990er Jahre eskalierten die Spannungen zwischen Ankara und Damaskus. Im Jahr 1996 gipfelten diese in einer Reihe von Bombenanschlägen in Syrien, hinter welchen der türkische Geheimdienst vermutet wurde.⁴³ Der Druck aus dem Westen blieb auf der einen Seite damit hoch. Nur entfiel auf der anderen Seite Russland, welches in den 1990er Jahren die „welt-historisch wohl größte Zerstörung von Produktionskapazitäten [...], die ein Land außerhalb von Kriegszeiten und Naturkatastrophen je durchlitten“ hat, erlebte⁴⁴, als Verbündeter – weder politisch, noch wirtschaftlich und militärisch konnte Moskau zu dieser Zeit Damaskus helfen.

Präsident Hafiz al-Assad sah weiteren Bedarf an Kursanpassungen und bereitete weitere Liberalisierungen vor. Von 1998 bis zu seinem Tod im Jahr 2000 ersetzte Assad diverse Hardliner durch „Gemäßigte“.⁴⁵ Die angestrebte weitere Öffnung gegenüber dem Weltmarkt übernahm dann aber sein Sohn: Nach seiner Amtsübernahme, erklärte Baschar al-Assad, den staatlichen Sektor einschränken zu wollen, indem er staatliche Subventionen kürzt – im Wirtschafts- und im Sozialbereich.⁴⁶ Im Agrarbereich führten die Gegenreformen zu einer Konzentration von Land in den Händen Weniger und zu einer aufgehenden sozialen Schere in der Landbevölkerung.⁴⁷ Dies dürfte den Rückhalt der SAR in den ländlichen Gebieten weiter geschwächt haben.

Syrien unter Baschar al-Assad

Unter Baschar al-Assad wurde Syrien – unter anderem mit tatkräftiger Unterstützung der EU⁴⁸ – weiter liberalisiert und mehr und mehr in den Welthandel integriert. Allerdings ging dieser Prozess lange nicht so weit, wie sich dies die Strategen in EU, IWF und Weltbank wünschten: Beteiligungen ausländischen Kapitals durften nicht mehr als 49 % betragen und Finanzbewegungen wurden stark politisch kontrolliert.⁴⁹ Aufgrund der wirtschaftlichen Kapazitäten des Landes blieb die syrische politische Elite hartnäckig und ließ keine umfassende neoliberale Schocktherapie zu.

Nicht zuletzt weil USA und EU ab 2005 aus politischen Gründen Sanktionen erlassen hatten, nutzte vor allem chinesisches Kapital die neu aufkommenden ökonomischen Chancen durch eine weiter liberalisierte Wirtschaft aus, um in Syrien Fuß zu fassen. So begann beispielsweise die chinesische Automarke Chery im Jahr 2001, Autos in die SAR zu exportieren.⁵⁰ In den Folgejahren eröffnete der Konzern auch 21 Autohäuser in Syrien⁵¹ und im Jahr 2009 eine Joint-Venture-Automobilfabrik mit einer Kapazität zum Bau von 30.000 Einheiten pro Jahr.⁵² Chery wurde auch nachgesagt, einem Technologietransfer gegenüber offen zu stehen,⁵³ was für ein Schwellenland wie Syrien neue Chancen bedeutet hätte.

Durch die Umstrukturierung der Wirtschaft und die neuen Partner auf der internationalen Ebene sanken Export- und Importanteil des Außenhandels der Arabischen Republik mit der EU von 60 % und 35 % im Jahr 2001 auf 23 % und 19 % im Jahr 2005. Auch im zweiten Jahrfünft des neuen Jahrtausends setzte sich diese Entwicklung weiter fort. Die syrischen Exporte nach Frankreich halbierten sich im Zeitraum von 2007 bis 2009, und im gleichen Zeitraum fielen die Ausfuhren von Waren der SAR nach Italien um vier Fünftel. Im Gegenzug sprang nicht nur der Handel mit der VR China, sondern auch



Die syrische Zentralbank verblieb trotz neoliberaler Reformen in anderen Bereichen unter politischer Aufsicht. Quelle: Wikipedia/Martijn Munneke

der mit der Türkei, der Ukraine, Russland und dem Iran sprunghaft an.⁵⁴ Diese neuen wirtschaftlichen Kennzahlen etablierten Syrien als Schwellenland an der Seite der BRICS-Staaten und in geringer Abhängigkeit von den Westmächten.

Über die Neustrukturierung des Außenhandels hinaus gelang der Damaszener Regierung etwas in der derzeitigen Weltwirtschaft Seltenes: Syrien schaffte es, seine Auslandsschulden von 16,995 Milliarden US-Dollar im Jahr 1995 auf 4,171 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 zu reduzieren. Das Außergewöhnliche daran ist auch noch, dass Syrien keine Auslandsschulden beim IWF oder der Weltbank hat. Die größten Schulden bis ins Jahr 2011 hatte Syrien bei Russland – einem strategischen Partner der SAR.⁵⁵ Nicht nur im Außenhandel, sondern auch im international politisch sehr wichtigen Bereich der Auslandsschulden konnte sich Syrien somit als eigenständig gegenüber den Westmächten behaupten.

Darüber hinaus gelang es dem syrischen Staat, in eine neue Phase der Entwicklung der eigenen Industrie einzutreten. Im Jahr 2007 eröffnete die iranische Automobilfirma *Iran Khodro Company (IKCO)* in Damaskus eine erste Fabrik zur Produktion von Personenkraftwagen – die erste Fabrik dieser Art in der SAR. Zwei Jahre später wurde die Fabrik weiter ausgebaut, sodass Damaskus zur zweitgrößten Fabrik von *IKCO* wurde.⁵⁶ Neben dieser und der bereits erwähnten *Chery*-Fabrik kam im Jahr 2009 in der Industriehochburg Hama eine Produktionsstätte der ebenfalls iranischen Firma *SAIPA* hinzu.⁵⁷ Die Firmen sind ebenso Joint-Ventures, können aber als Beginn einer eigenständigen syrischen Automobilindustrie angesehen werden. Solch einer kommt in der nachholenden Entwicklung eines peripheren oder semi-peripheren Staates eine besondere Rolle zu: Die Automobilindustrie stellte von den 1950er bis zu den 1970er Jahren neben der petrochemischen Industrie die Kernbranche des Fordismus dar. Sie funktionierte als die „Basisinnovation“, welche als Grundlage für die lange Welle des Nachkriegswirtschaftsaufschwungs diente.⁵⁸ Mit der Wirtschaftspolitik – in diesem Fall eng verknüpft mit der Außenpolitik – gelang es der syrischen Staatselite, die Grundlagen für die Beschäftigung tausender Arbeiter, Angestellter und Wissenschaftler (in der zur Automobilbranche dazugehörenden Chemie- und IT-Branche) zu sichern.

Doch die vielen Liberalisierungen im Wirtschafts- und Sozialbereich, die die Sicherung der Eigenständigkeit gegenüber den Westmächten und die Investitionen in gewisse Kernberei-

che der eigenen Wirtschaft erst möglich machten,⁵⁹ hatten ihren Preis. Im Agrarsektor verabschiedete sich die herrschende Elite des Landes vollständig von allen fortschrittlichen Ansätzen der Baath-Partei: Durch eine Gegenreform im landwirtschaftlichen Bereich wurden in den Jahren 2000 bis 2005 die fortschrittlichen Aspekte der syrischen Landreformen von 1958, 1963 und 1966 zurückgenommen. In dieser Zeit enteignete Landbesitzer erhielten ihr Land zurück und im Syrien der 2000er Jahre entstand somit eine neue Klasse von Latifundisten – teilweise im Einklang mit der Staatsbourgeoisie des syrischen Staates und teilweise im Einklang mit der klassischen Agrarbourgeoisie, die traditionell der SAR kritisch gegenüber stand.⁶⁰ Das Erstarken Letzterer wiederum bildet eine der Grundlagen für den Bürgerkrieg des dritten Jahrtausends.

Doch trotz des Rückzugs des syrischen Staates aus dem Agrarbereich und trotz der weiteren Liberalisierungen der 1990er und 2000er Jahre blieb die syrische Elite bei einem staatszentrierten Modell und garantierte eine unabhängige ökonomische Politik durch eine politisch kontrollierte Zentralbank. Darüber hinaus genoss die SAR einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung, da trotz einiger sozialer Einschnitte⁶¹ weiter Essens- und Benzinpreise subventioniert und auch die Kosten in den Bereichen universitäre Bildung, Gesundheitswesen und öffentlicher Transport gering gehalten wurden.⁶² Diese Sozialpolitik sollte – neben dem Rückhalt in der Staatsbourgeoisie – ein Rückgrat der SAR im Krieg seit 2011 darstellen.

Im Fadenkreuz des Westens

Da Syrien auch weiterhin nicht bereit schien, sich nach IWF- und Weltbank-Bedingungen in den Welthandel zu integrieren und einen eigenständigen Weg der Entwicklung ging und da Damaskus auch kaum Schulden im Westen hatte, blieben den Strategen in Brüssel und Washington wenig Einflussmöglichkeiten. Darüber hinaus rückte das Land als mutmaßlicher Teil der sogenannten „Schiitischen Achse“ (Syrien–Libanon–Iran) und wichtigster Verbündeter des von den USA zu einem der Hauptfeinde erklärten Iran zunehmend ins Visier der US-Regierung. Nach dem 11. September 2001 hatten die USA und ihre Verbündeten eine regionale Offensive im Nahen und Mittleren Osten gestartet und nicht nur Afghanistan besetzt, sondern u.a. auch ihre Militärpräsenzen in Kirgisistan, Usbekistan, Pakistan, dem Jemen, Dschibuti sowie im Rahmen der Pan-Sahel-Initiative auch im Tschad, in Niger, Mali und Mauretanien ausgebaut.

Aus diesen Gründen nahm der militärische Druck der NATO-Staaten auf Syrien dementsprechend zu: 2003 verabschiedete der US-Kongress den „Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act“ (SALSRA), welcher darauf abzielte, dass Syrien seine „Unterstützung des Terrorismus“, die Besetzung des Libanons und das syrische Streben nach Massenvernichtungswaffen beendet. Das bis heute nicht aufgeklärte Attentat auf den libanesischen Politiker Rafik al-Hariri im Februar 2005 diente danach wiederum als Anlass, um die syrische Besetzung im Libanon zu beenden. EU und USA verabschiedeten zu dieser Zeit außerdem Sanktionen, die die syrische Wirtschaft schwächen sollten – vor allem in den Bereichen Agrarindustrie und Ölförderung.⁶³

In der folgenden 2005 begonnenen libanesischen „Zedernrevolution“ – der einzigen „erfolgreichen“ „Farbrevolution“ im Nahen und Mittleren Osten – unterstützten diverse Vorfeldorganisationen der nordamerikanischen und westeuropäischen Außenpolitik die anti-syrischen Kräfte im Libanon.⁶⁴ Dabei

blieb es jedoch nicht: Ab 2007 setzte die offizielle US-Außenpolitik dann auch offen auf die anti-syrischen Kräfte im Libanon.⁶⁵ Im großen Nachbarland des Libanons blieb es hingegen vorerst klandestin: Ab 2006 unterstützte die Bush-Regierung oppositionelle Gruppen in Syrien direkt.⁶⁶ Der damalige US-Botschafter plädierte sogar dafür, mit einer von Saudi-Arabien finanzierten und von der Muslimbruderschaft getragenen syrischen Exilregierung in Riad zu kooperieren.⁶⁷ Erst seit der Eskalation der inneren Unruhen in Syrien hin zu einem vollen Bürgerkrieg 2011/2012 setzt die US-Außenpolitik offen auf den Sturz der syrischen Regierung.

Der politische Druck blieb nicht der einzige: Durch den US-geführten Irak-Krieg im Jahr 2003 waren zum ersten Mal NATO-Truppen an die östliche Grenze Syriens herangerückt. Der von den westlichen Besatzungsmächten im Zweistromland angeführte Bürgerkrieg führte dazu, dass zehntausende irakische Flüchtlinge in Syrien Schutz suchten. Die Westmächte, welche die Flüchtlinge ja hauptsächlich zu verantworten hatten, unterstützten den UNHCR jedoch nur rudimentär, sodass der syrische Fiskus den Hauptteil der Belastung zu tragen hatte.⁶⁸ Die syrische Flüchtlingspolitik belastete den Staatshaushalt zusätzlich zum eh schon vom Westen ausgeübten Druck.

Doch nicht nur Washington zog die Daumenschrauben an: Nach dem israelischen Libanonkrieg im Jahr 2006 dehnten die Vereinten Nationen die UNIFIL-Mission massiv aus (UNIFIL 2). Diverse EU-Staaten, wie Frankreich, Italien und Deutschland beteiligten sich an dieser UNIFIL-2-Mission im großen Umfang. Dadurch rückten EU- und NATO-Truppen bis auf 25 Kilometer vor Damaskus heran. Die Regierung der SAR sandte als Reaktion –sehr unkonstruktive Signale“ in Richtung Westen aus.⁶⁹ Doch die De-facto-EU-Mission im Zedernstaat verfehlte ihr Ziel nicht: Der Einfluss Syriens im Libanon sank stark und die EU- und NATO-Truppen standen nun östlich (im Irak) und westlich Syriens. Der militärische Druck stieg sogar noch weiter: Ein israelischer Luftschlag im Jahr 2007 („Operation Orchard“) und eine aus dem besetzten Irak gestartete Helikopterattacke der US-Streitkräfte auf die syrische Stadt Abu Kamal im Oktober 2008 bedrängten Syrien zusätzlich.

Dem Heranrücken der EU- und NATO-Streitkräfte an die eigenen Grenzen setzte die Regierung der SAR eine Modernisierung der eigenen Streitkräfte und damit einhergehend eine Aufrüstung der eigenen Armee mit neuen Waffen entgegen. Die in diesem Rahmen importierten Waffen kamen in den Jahren 2006–2010 zu fast 50 % aus der mittlerweile wieder erstarkten Russischen Föderation.⁷⁰ Im Jahr 2009 wurde dann auch noch bekannt, dass Syrien MiG-29M-Mehrzweckkampfflugzeuge aus Russland kaufen wollte, was das Gleichgewicht der Luftwaffen in der Region verändert hätte.⁷¹ Aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzung in und um Syrien wurden diese MiGs jedoch bisher nicht ausgeliefert.

Soziale Bruchlinien und Spannungen

Neben dem Druck von außen – politisch, wirtschaftlich und militärisch – sollte es aber die innere Verfasstheit des Landes sein, die soziale Bruchlinien und Spannungen verursachte, die im Jahr 2011 zu einem Bürgerkrieg an den Rändern Syriens führen sollten. Drei aufeinanderfolgende Dürrejahre hatten in den Jahren 2008 bis 2010 zur Folge, dass die Zahl der in der Landwirtschaft arbeitenden Syrerinnen und Syrer von 1,4 Millionen auf 800.000 fiel.⁷² Circa 1,5 Millionen Menschen vom Land – die Landarbeiterinnen und Landarbeiter und ihre Fami-



Anti-Assad-Proteste in Daraa. Quelle: Wikipedia/Ibrahim moukddad

lien – flohen in die Randgebiete der größeren Städte.⁷³ Diese waren dafür nicht gerüstet: Circa eine Million Menschen mussten durch internationale Hilfslieferungen versorgt werden.⁷⁴ Die Menschen siedelten vermehrt dauerhaft in die Randgebiete der Städte über. Die Behörden nahmen diesen dauerhaften Zuzug von Menschen nicht ernst und waren größtenteils darauf nicht vorbereitet. Als Folge nahmen daraufhin die sozialen Spannungen in diesen Gebieten der Metropolregionen zu, auch wenn vor allem in den Großstädten Assad weiter eine relativ starke Unterstützerbasis hatte.

Nachdem der sozial und politisch begründete Umsturz in Tunesien 2010/2011 den so genannten „Arabischen Frühling“ begonnen hatte, entluden sich auch in der syrischen Peripherie die sozialen Spannungen. So belastete der massive Zuzug von Binnenflüchtlingen die südsyrische Stadt Daraa, bevor dort die ersten Massendemonstrationen zu Gewalt führten.⁷⁵ Die Revolte beschränkte sich aber lange Zeit auf Grenzgebiete zu Jordanien, zum Irak, zum Libanon und zur Türkei. Vor allem im Norden nahm die Einnahme von Gebieten durch die „Freie Syrische Armee“ (FSA) teilweise den Charakter einer verdeckten türkischen Militärintervention an.⁷⁶ Mit einer 2012 begonnenen Großoffensive der Rebellen von der türkischen Grenze aus wurden die Kerngebiete der SAR von dem „Brotkorb“ des Landes, dem syrischen Teil des Jazira, abgeschnitten.⁷⁷ Der Charakter des Krieges hatte sich grundlegend verändert. In diesem Jahr fiel mit Raqqa die erste Provinzhauptstadt Syriens an die bewaffnete Opposition, und bis heute ist diese Stadt die einzige der zehn größten Metropolen des Landes, die weder vollständig noch teilweise von der SAR kontrolliert wird. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ hat dort seit 2013 das Sagen und deren Emir machte Raqqa zur IS-Hauptstadt.

Auf der wirtschaftspolitischen Ebene führte der Beginn der Unruhen im Jahr 2011 zu einer Umkehrung der liberalen Reformen und einer Rückkehr zu vielen etatistischen Praktiken.⁷⁸ Dieses Erstarken der „Hardliner“ und eine Entwicklung weg von den seit drei Jahrzehnten immer wieder schubweise durchgeführten liberalen Reformen dürften wesentliche Gründe dafür gewesen sein, warum die Westmächte Anfang 2012 eine Kompromisslösung in der Syrienfrage auf Großmächteebene ablehnten. Damals hatte die russische Staatsführung vorgeschlagen, einen politischen Kompromiss zwischen Regierung und bewaffneter Opposition zu vermitteln und Assad ins Exil gehen zu lassen.⁷⁹ Doch die Westmächte setzten auf eine Strategie à la „Alles oder Nichts“.

Erst mit der massiven – von den NATO-Mächten und den

Golfmonarchien angeführten – Einmischung von außen gelang es den der SAR feindlich gesinnten Kräften in den Jahren 2014 und 2015, große Teile der vor allem dünn besiedelten Gebiete des Ostens sowie einige Territorien im Norden an der Grenze der Türkei zu erobern. Als im Verlaufe des Jahres 2015 dann die bewaffneten Formationen der Opposition den Truppen der Syrisch-Arabischen Armee in der Provinz Latakia mehrere Niederlagen abringen konnten, änderte sich die Konstellation auf dem syrischen Boden und auf dem internationalen Parkett fundamental. Die russische Marine erhöhte im August 2015 ihre Präsenz im materiell-technischen Versorgungspunkt von Tartus von vier auf „mehrere hundert Soldaten“.⁸⁰ Im gleichen Monat begannen die russischen Streitkräfte mit der Entsendung von Kampfpanzern, Artilleriegeschützen, Flugzeugen und Hubschraubern nach Syrien. Ende September begann dann offiziell der Einsatz der russischen Interventionsstreitmacht in Syrien.

Diese konzentriert sich bei ihren Luftangriffen vor allem auf den Westteil des Landes. Wiktor Murachowski, Redakteur des Magazins „Arsenal des Vaterlandes“, beschrieb in der zweitgrößten russischen Tageszeitung „Moskowski Komsomolez“ die Hintergründe dafür: Er schrieb, dass es eines der Hauptziele der Syrisch-Arabischen Armee – und damit auch der russischen Truppen in dem Land – sei, den „industriell entwickelten Westen“ des Landes wieder unter die Kontrolle der Damaszener Regierung zu bringen.⁸¹ Dementsprechend ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die russische Interventionsstreitmacht bei ihren Luftangriffen auf diese Gebiete – und damit auf die von den Westmächten geförderte „gemäßigte Opposition“ – konzentriert. Der agrarisch geprägte und dünn besiedelte Osten des Landes wiederum ist für die politische und wirtschaftliche Zukunft des Landes von geringerer Bedeutung.

Fazit

Das wirtschaftliche Experiment eines etatistischen syrischen Baathismus, der sich in vielen Bereichen der Wirtschaft mit der traditionellen Bourgeoisie arrangierte und die ländlichen Gebiete politisch und wirtschaftlich mehr oder weniger aufgab, war für die Region einmalig. Die sukzessiven Wirtschaftsliberalisierungen und die Konzentration auf einige „Lokomotiven der Wirtschaft“ führten auf der einen Seite dazu, dass das Land keine Schulden im Westen hat, einen eigenständigen Außenpolitikkurs verfolgen konnte und vielen – vor allem städtischen – Schichten wirtschaftliche Perspektiven gab. Auf der anderen Seite erodierte der Rückhalt der SAR in den ländlichen Territorien zunehmend und der eigenständige Kurs machte Syrien zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zielscheibe der Westmächte. Eine historisch einzigartige Dürrewelle von 2008 bis 2010 führte dann dazu, dass circa 1,5 Millionen Menschen in die größeren Städte flohen, was die soziale Lage dort eskalieren ließ und den Beginn des Bürgerkrieges an den Rändern des Landes bedeutete. Die Westmächte und die mit ihnen eng verbündeten Golfmonarchien sahen ihre Chance gekommen: Mit der Intervention äußerer Mächte veränderte sich die Gemengelage im Land und durch das Eingreifen der russischen Streitkräfte zur Sicherung der westsyrischen Industriegebiete wurden die Karten noch einmal neu gemischt. Seither scheinen die Regierungen der Westmächte zumindest vorläufig von dem Ziel abgekommen zu sein, schnellstmöglich auf den Sturz Assads zu drängen – der Krieg in Syrien geht unterdessen aber trotzdem mit unverminderter Härte weiter.

Anmerkungen

- 1 Bassam Haddad: *Syria's State Bourgeoisie: An Organic Backbone for the Regime*, in: *Middle East Critique*, Jg. 21 (2012), Nr. 3, S. 231–257 (hier: S. 231).
- 2 Der Artikel konzentriert sich wie der Titel bereits besagt auf ökonomische Gesichtspunkte, menschenrechtliche Aspekte sind deshalb weitgehend ausgeklammert, da sie den Rahmen dieses Textes sprengen würden.
- 3 Steven Heydemann: *Authoritarianism in Syria: Institutions and Social Conflict, 1946–1970*, Ithaca (NY) 1999, S. 37.
- 4 Ebenda, S. 35.
- 5 Ebenda, S. 34.
- 6 Ebenda.
- 7 Hanna Batatu: *Syria's Peasantry, the Descendants of Its Lesser Rural Notables, and Their Politics*, Princeton (NJ) 1999, S. 118–123.
- 8 Charles Issawi: *An Economic History of the Middle East and North Africa*, London 2005, S. 121.
- 9 Raymond A. Hinnebusch: *The Political Economy of Economic Liberalization in Syria*, in: *International Journal of Middle East Studies*, Jg. 27 (1995), S. 305–320 (hier: S. 305).
- 10 Kees van der Pijl: *Global Rivalries – From the Cold War to Iraq*, London 2006, S. 47.
- 11 Ebenda, S. 49.
- 12 Ben Fenton: *Macmillan backed Syria assassination plot*, theguardian.com 27.09.2003.
- 13 van der Pijl: *Global Rivalries*, S. 49.
- 14 Raymond Hinnebusch: *The Ba'th's Agrarian Revolution (1963-2000)*, in: Raymond Hinnebusch (Hg.): *Agriculture and Reform in Syria*, Boulder (Co) 2011, S. 3–14 (hier: S. 3).
- 15 Volker Perthes: *The Political Economy of Syria Under Asad*, London 1997, S. 38.
- 16 Ebenda, S. 136.
- 17 Lutz Dommel: *Wasser: Schlüssel zu Krieg und Frieden im Nahen Osten – Zurück zu den Ursachen des Nahost-Konflikts*, Norderstedt 2002, S. 53.
- 18 Bassam Haddad: *Syria's State Bourgeoisie: An Organic Backbone for the Regime*, in: *Middle East Critique*, Jg. 21 (2012), Nr. 3, S. 231–257 (hier: S. 237).
- 19 Hinnebusch: *The Ba'th's Agrarian Revolution (1963-2000)*, S. 3.
- 20 Daniel Robicheau: *Syria, the MENA Region, and International Finance Capitalism*, in: *International Critic of Thought*, Jg. 4 (2014), Nr. 2, S. 198–207 (hier: S. 201).
- 21 Haddad: *Syria's State Bourgeoisie*, S. 238.
- 22 Ebenda, S. 233/234.
- 23 Maximilian Felsch: *Die Hamas: Eine pragmatische soziale Bewegung? Eine transnationale empirische Fallanalyse der Hamas in den besetzten Gebieten, in Jordanien, im Libanon und in Syrien*, Münster/New York/München/Berlin 2011, S. 206.
- 24 Line Khatib: *Islamic Revivalism in Syria: The Rise and Fall of Ba'thist Secularism*, Abington 2011, S. 143.
- 25 Fred Haley Lawson: *Why Syria Goes to War: Thirty Years of Confrontation*, Ithaca (NY) 1996, S. 82.
- 26 Jacques Bourrinet: *The Implications of EC Commercial Policy on Developing Countries*, in: Dermot McAleese/Jacques Bourrinet/Michael Davenport/Alan Matthews/Christopher Stevens (Hgg.): *Africa and the European Community after 1992*, Washington D.C. 1993, S. 26.
- 27 Haddad: *Syria's State Bourgeoisie*, S. 232.
- 28 Perthes: *The Political Economy of Syria Under Asad*, S. 32.
- 29 Arthur Mark Weisburd: *Use of Force: The Practice of States Since World War II*, University Park (PA) 1997, S. 158.
- 30 Perthes: *The Political Economy of Syria Under Asad*, S. 176.
- 31 Ebenda, S. 4.
- 32 Ebenda, S. 104.
- 33 Bassam Haddad: *Business Networks in Syria: The Political Economy of Authoritarian Resilience*, Stanford 2012, S. 321.
- 34 Ebenda.
- 35 Derek Hopwood: *Syria 1945–1986: Politics and Society*, London 1988, S. 112.

- 36 Hans Hopfinger/Raslan Khadour: *The development of the Transportation Sector in Syria and the actual Investment Policy*, in: Middle Eastern Studies, Jg. 35 (1999), Nr. 3, S. 64–71 (hier: S. 65/66).
- 37 Perthes: *The Political Economy of Syria Under Asad*, S. 56.
- 38 Haddad: *Syria's State Bourgeoisie*, S. 242.
- 39 Guy Arnold: *The International Drugs Trade*, London/New York 2005, S. 176.
- 40 van der Pijl: *Global Rivalries*, S. 340.
- 41 Eine Ermittlergruppe der US-Drogenfahndungsbehörde DEA, welche den lokalen Drogenhandel untersucht hatte, wurde vom syrischen Geheimdienst bei ihrem Rückflug in die USA über Schottland in die Luft gesprengt (Lockerbie-Anschlag). Der Anschlag wurde jedoch Libyen in die Schuhe geschoben, um Aufmerksamkeit von den Iran-Contra-Machenschaften abzulenken; siehe: van der Pijl: *Global Rivalries*, S. 340.
- 42 *26 Tage geschlafen*, in: Der Spiegel, 03.02.1992.
- 43 Jordi Tejel: *Syria's Kurds: History, Politics and Society*, New York 2009, S. 77.
- 44 Rudolf Traub-Merz: *Öl oder Autos – Chancen einer Re-Industrialisierung Russlands*, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Februar 2015, S. 4.
- 45 Haddad: *Syria's State Bourgeoisie*, S. 240.
- 46 Robicheau: *Syria, the MENA Region, and International Finance Capitalism*, S. 202.
- 47 Myriam Ababsa: *Contre-réforme agraire et conflits fonciers en Jazîra syrienne: 2000-2005*, in: Revue des mondes musulmans et de la Méditerranée, Jg. 10 (2006), Nr. 115/116, S. 211–230 (hier: S. 230).
- 48 Jürgen Wagner: *Imperialer Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik*, in: AUSDRUCK (Oktober 2012), S. 1–12.
- 49 Robicheau: *Syria, the MENA Region, and International Finance Capitalism*, S. 202.
- 50 Juan Antonio Fernandez/Shengjun Liu (Hgg.): *A Case Guide for Business Leaders in China*, Singapur 2007, S. 152.
- 51 Silvia Cambié/Yan-May Ooi: *International Communications Strategy: Developments in Cross-Cultural Communications, PR and Social Media*, London/Philadelphia 2009, S. 8.
- 52 Fernandez/Liu: *A Case Guide for Business Leaders in China*, S. 152.
- 53 *Chery's Syria partner to assemble vehicles in '09*, autonews.gasgoo.com 30.12.2008.
- 54 Peter Seeberg: *The EU and the Syrian Crisis: The Use of Sanctions and the Regime's Strategy for Survival*, in: Mediterranean Politics, Jg. 20 (2015), Nr. 1, S. 18-35 (hier: S. 22).
- 55 Robicheau: *Syria, the MENA Region, and International Finance Capitalism*, S. 202.
- 56 *Iran Khodro launches biggest overseas car assembly line in Syria*, payvand.com 08.05.2009. payvand.com/news/09/may/1089.html
- 57 *Saipa launches production line in Syria*, presstv.ir 03.07.2009.
- 58 Ingar Solty: *Die USA unter Obama – Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise*, Hamburg 2013, S. 51.
- 59 Im Jugoslawien der 1990er Jahre wurden die Bereiche, auf welche sich das damalige politische System wirtschaftspolitisch konzentrierte, als die „Lokomotiven der Industrie“ bezeichnet. Diese sollten den „Investitionszirkel neustarten“, siehe: Michael Palairat: *The Economic Consequences of Slobodan Milosevic*, in: Europe-Asia Studies, Jg. 53 (2001), Nr. 6, S. 903-919 (hier: S. 908). Die Westmächte setzten mit ihren Interventionen 1995, 1999 und 2001 diesem Kurs jedoch ein Ende.
- 60 Ababsa: *Contre-réforme agraire et conflits fonciers en Jazîra syrienne (2000-2005)*, S. 211-230.
- 61 Um zwei Beispiele zu nennen, „verbesserte“ etwa das „Miet- und Immobiliengesetz“ die Position von Vermietern erheblich und die Maßnahmen im Rahmen des „Wettbewerbs- und Anti-Monopol-Gesetzes“ (beide 2008) führten zu einem sprunghaften Anstieg der Inflation, siehe Wagner 2015, S. 7. Unter der Ägide von EU-Kommission und der deutschen GTZ „modernisierte“ Syrien auch sein Gesundheitssystem, u.a. durch private Krankenversicherun-
- gen und Praxisgebühren. Diese Maßnahmen führten zu einer auseinandergehenden sozialen Schere, siehe: Sen, Kasturi/Faisal, Waleed al: *Syria: Neoliberal Reforms in Health Sector Financing: Embedding Unequal Access?*, in: Social Medicine, Jg. 6 (2012), Nr. 3, S. 171–182 (hier: S. 171).
- 62 Robicheau: *Syria, the MENA Region, and International Finance Capitalism*, S. 201-202.
- 63 Ebenda, S. 203.
- 64 Beispielsweise: *Kriegserklärung*, german-foreign-policy.com 01.04.2005.
- 65 P. Edward Haley: *The future of US-Israel relations*, in: Eytan Gilboa/Efraim Inbar (Hgg.): *US-Israeli Relations in a New Era: Issues and Challenges After 9/11*, London/New York 2009, S. 240.
- 66 Craig Whitlock: *U.S. secretly backed Syrian opposition groups, cables released by WikiLeaks show*, washingtonpost.com 17.04.2011.
- 67 Seymour M. Hersh: *Military to Military*, lrb.co.uk 07.01.2016.
- 68 Karin Leukefeld: *Das Fluchtziel heißt Syrien*, in: junge Welt, 18.05.2007; Rüdiger Göbel: *25 Cent mehr für Irak-Flüchtlinge*, in: junge Welt, 25.08.2007; Karin Leukefeld: *Kaum Geld für Irak-Flüchtlinge in Syrien*, in: junge Welt, 22.01.2010.
- 69 *25 Kilometer vor Damaskus*, german-foreign-policy.com 27.08.2006.
- 70 Kimberly Marten: *Informal Political Networks and Putin's Foreign Policy: The Examples of Iran and Syria*, in: Problems of Post-Communism, Jg. 62 (2015), Nr. 2, S. 71-87 (hier: S. 81).
- 71 Yaakov Katz: *Russia confirms MiG jet sale to Syria*, jpost.com 03.09.2009. www.jpost.com/International/Russia-confirms-MiG-jet-sale-to-Syria
- 72 Myriam Ababsa: *Agrarian Counter-Reform in Syria (2000-2010)*, in: Raymond Hinnebusch (Hg.): *Agriculture and Reform in Syria*, Fife/Boulder 2011, S. 83–107 (hier: S. 83).
- 73 Colin P. Kelleya/Shahzad Mohtadib/Mark A. Canec/Richard Seagerc/Yochanan Kushnirc: *Climate change in the Fertile Crescent and implications of the recent Syrian drought*, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, Jg. 112 (2015), Nr. 11, S. 3241–3246.
- 74 Ababsa: *Agrarian Counter-Reform in Syria (2000-2010)*, S. 83.
- 75 Michael Gunning: *Background to a Revolution*, nplusunemag.com 26.08.2011.
- 76 Nick Brauns: *Im Zweifrontenkampf*, in: junge Welt, 23.01.2013.
- 77 *Syria's civil war: The next battlefield*, in: The Economist, 27.10.2012.
- 78 Linda Matar: *Syria's Economic Crisis: Al Assad Government Roles Back Neoliberal Reforms*, globalresearch.ca 15.08.2012.
- 79 *Zynische Optionen*, german-foreign-policy.com 28.09.2015.
- 80 Roger McDermott: *Putin Threatens 'Below the Threshold' Operation in Syria*, in: Jamestown Eurasia Daily Monitor, Jg. 12, Nr. 165, 15.09.2015.
- 81 Roger McDermott: *Russian Memories of Soviet-Afghanistan Conflict Cloud Syria Operation*, in: Jamestown Eurasia Daily Monitor, Jg. 12, Nr. 189, 20.10.2015.